

TOP 2**Tag der Deutschen Einheit 3.10.2010**

Herr Kleen, Sprecher des Senats, informiert über die Vorbereitungen für den Tag der deutschen Einheit.

Bremen sei in diesem Jahr Gastgeber der offiziellen Feierlichkeiten.

Im Dom werden die Feier mit einem ökumenischen Gottesdienst ihren Anfang nehmen. Der offizielle Staatsakt finde im Anschluss daran in der Stadthalle statt.

Der Rest des Tages sei bestimmt durch ein Bürgerfest, das sich vom Marktplatz über die Schlachte und die südliche Überseestadt erstrecke.

Für den Staatsakt werden rund 1500 Gäste erwartet: U.a. werden der Bundespräsident, die Bundeskanzlerin, Vertreter/innen aus Bund und Ländern an dem Tag nach Bremen kommen. Das Zentrum des Festes sei die sog. Ländermeile im Europahafen. Dort präsentieren sich die Länder- und Bundesorgane mit einem eigenen Programm.

Eine Besonderheit an der Ländermeile sei der Aufbau eines mobilen Bundestages.

Neben dem Aufbau von riesigen Zelten werde auch an die Installierung einer Seebühne gedacht.

Die einzelnen Programmpunkte seien zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht entschieden. Die Senatskanzlei arbeite mit ihrem Programmbeirat an einem Rahmenprogramm und habe Kontakte zu Institutionen wie Theater, Museen geknüpft, um eine Darstellung mit klaren Akzenten für Bremen zu entwickeln.

Die Auftaktveranstaltung erfolge bereits am 1.10.2010 auf dem Marktplatz oder Domshof und auch der 2.10.2010 werde für verschiedene Aktivitäten genutzt.

Der Beirat nimmt Kenntnis.

Platz der Deutschen Einheit

Herr Bücking erläutert, dass der Beirat Mitte aufgefordert sei, zu einem Antrag der CDU-Bürgerschaftsfraktion auf Umbenennung des Bahnhofsplatzes in Platz der Deutschen Einheit, Stellung zu beziehen.

Für die Beratung liegt folgender Entwurf zur Stellungnahme vor:

Der Beirat Mitte ist aufgefordert, zu einem Antrag der CDU Bürgerschaftsfraktion auf Umbenennung des Bahnhofsvorplatzes in Platz der Deutschen Einheit Stellung zu beziehen. Die abschließende Entscheidung trifft die Baudeputation. Der Beirat möchte aber einen Diskussionsbeitrag zum Thema leisten.

Vor dem Hintergrund der europäischen und deutschen Geschichte ist es eine wunderbare, ganz erstaunliche und unerwartete Entwicklung, dass die deutsche Teilung durch eine friedliche Revolution der Bürgerinnen und Bürger der DDR überwunden werden konnte und dass dies ein Beitrag zur Überwindung der europäischen Spaltung geworden ist.

Wichtiger aber noch als die staatliche Einheit Deutschlands scheint uns, dass seit dem Oktober 1989 Freiheit und Demokratie in allen europäischen Ländern (zunehmend) das politische und gesellschaftliche Leben bestimmen.

Es gibt also allen Grund, sich über dieses Ereignis zu freuen und es als Erfahrung für die Zukunft nutzbar zu machen. All zu schnell geraten die Ereignisse in Vergessenheit und das ist für die Zukunft wenig hilfreich.

Der Beirat stellt sich nun die Frage, ob die vorgeschlagene Platzbenennung dazu einen Beitrag leisten kann. Diese Maßnahme scheint uns symbolische Politik aus einer vergangenen Zeit zu sein. Diese Symbole entfalten heute kaum noch eine hilfreiche Wirkung. Produktive Erinnerung lässt sich dadurch also eher nicht fördern. Im ärgerlichsten Fall wird die Diskussion über diese Symbole selbst zu einem Element alter politischer Ideen und Fronten.

Wir regen an, darüber noch einmal nachzudenken.

Bremen wird im Oktober ein großes Bürgerfest zusammen mit den Besuchern aus den anderen Bundesländern und dem Ausland feiern.

Dies ist ein lebendiger Rahmen für die Auseinandersetzung mit der deutschen und europäischen Geschichte. Hier könnten auch neue symbolische Formen erfunden werden, die das Thema zeitgemäß und produktiv aufgreifen.

Herr Tassis bringt für die CDU-Fraktion den Antrag im Beirat ein und erläutert ihn folgendermaßen:

CDU-Fraktion Beirat Mitte:

Der Beirat Mitte wendet in seiner Stellungnahme sinngemäß ein, dass eine Platzbenennung eine veraltete und an sich wertlose Form des Gedenkens sei und dass die Demokratisierung Osteuropas im Vordergrund stünde.

Hierzu ist nach Maßgabe historischer Erkenntnisse, der modernen Erinnerungskultur usw., wiederum Folgendes zu sagen. Die Vergabe einiger Quadratmeter Lebensfläche einer Stadt zur Errichtung eines Denkmals oder zur Einrichtung eines Platzes ist in der Tat „nur“ ein symbolischer Akt. Diese Art von Handlung ist allerdings als Auslöser nachfolgender Akte gedacht, das Symbol soll auslösen, nicht für sich selbst stehen bleiben, sonst wäre es kein Symbol. Ob eine Platzbenennung o.Ä. also etwas bringt oder nicht, entscheidet die Gegenwart und z.B. der Beirat Mitte, nicht der Platz selbst. Hier sind wir uns scheinbar alle einig, nur wird einmal das Argument für, einmal gegen eine Benennung gewandt.

Die Erinnerung an den mittlerweile zu Weltruhm gelangten „ersten Schwulen der Weltgeschichte“ Karl-Heinrich Ulrichs hat der Beirat positiv beschieden und dies zu Recht. Zu Unrecht hat der Beirat Mitte dann nie wieder diesen symbolischen Akt weiter entwickelt, dies ist das Negative, nicht die Platzbenennung.

Karl-Heinrich Ulrichs und die Deutsche Einheit gehören als Person und als Ereignis -im möglichen Gehalt künftiger Ausnutzung des Symbolwertes- auf je ihre Weise der Zukunft an, nicht der Vergangenheit. Eine Person verleiht dem abstrakten Gedenken Fleisch und Blut, ein Ereignis lässt seinen ganz spezifischen Ort und seinen Charakter im Gedenken aufscheinen, hier: eine Verbindung zwischen West und Ost aufleben, die unterbrochen war. Eine Abstrahierung ins „Reinmenschliche“, Nicht-Personale, Nicht-Spezifische (Platz der Demokratie o.Ä.) bleibt demgegenüber flach. Das „Reinmenschliche“ wird durch das Symbol in Erinnerung gerufen, nicht das Symbolische durch gutgemeinte Moralerziehung. Daher hat das Nationale seinen Platz wie das Internationale, die Einzelperson wie die Menschheit. Kurzum: das Gedenken geht vom Speziellen aus, vom bestimmten Anlass, um Moral, „reinmenschlichen“ Gehalt zu vergegenwärtigen. Anders ist Gedenken nicht zu haben, es wird den Menschen fern, wird der Anlass vorab intellektualisiert, depersonalisiert, entnationalisiert, statt die symbolischen Folgeakte klug zu durchdenken, auf den erst herzustellenden, gewollten zukünftigen Gehalt hin zu konzeptionalisieren. Insofern bedeutet eine Platzbenennung an sich wenig, sie stellt aber und gibt aber im wahrsten Sinne des Wortes „Grund“ her, um zu gestalten.

Eine angeregte Diskussion schließt sich den Worten von Herrn Tassis an.

Herr Pohlmann verweist auf die intensiv geführte Diskussion in der Bürgerschaft im September 2009. Man wolle keine Entscheidung von „oben“, sondern eine breit geführte Diskussion mit Beiräten und Bevölkerung.

Frau Krusche würde eine Platzumbenennung begrüßen. Das Ereignis Tag der Deutschen Einheit sei für sie eine positive Symbolpolitik und müsse gewürdigt werden.

Herr Arndt bezieht sich auf den Antragstext des Beirates. Die Gedanken des Beirates finde er sehr positiv. Er könne sich vorstellen, den Bahnhofsplatz in „Platz der internationalen Solidarität“ zu benennen.

Herr Rüppl fragt, wie macht man deutlich, dass an ein Ereignis erinnert werde, das weit über Deutschland hinaus gehe und auch Europa betreffe? Das komme mit einer Platzbenennung nicht so richtig zum Ausdruck.

Auch Herr Musch kann sich nicht vorstellen, dass sich dieser Name in den Köpfen der Bevölkerung etablieren werde und bezieht sich auf Beispiele wie Willy-Brandt-Platz oder Karl-Carstens-Brücke.

Herr Heigl habe 1989 beeindruckt, dass das Volk aufgestanden sei und sich gegen die vorherrschende Politikklasse durchgesetzt habe und damit die Mauer gefallen sei. Das sollte benannt werden.

Herr Ilgner bezieht sich auf den vorliegenden Antragstext, mit dem ein Zeichen gesetzt werde. Die Einheit sei ein Prozess, der noch im Gang sei und weiterentwickelt werden müsse.

Frau Schwarz erklärt, dass ihr Unbehagen mit dem Begriff zusammenhänge und Symbolpolitik betrieben werde.

Für Herrn Bücking sei die deutsche Einheit ein Grund zur Freude. Alles sei friedlich gelaufen mit anschließenden demokratischen Wahlen. Es sei eine unerwartete Entwicklung, dass die Teilung durch eine friedliche Revolution der Bürger/innen der damaligen DDR überwunden werden konnte.

Der Beirat gebe mit seinem Vorschlag einen Diskussionsbeitrag. Im Rahmen der Feierlichkeiten im Oktober sei ein Rahmen gegeben, das Thema aufzugreifen.

Der Beirat beschließt den Textvorschlag mit 9 ja-Stimmen bei 2 nein-Stimmen (s. oben).

Nutzung Bremer Marktplatz

Ausgangspunkt der Beratungen seien, so teilt Herr Monsees mit, die Silvester-Knallereien auf dem Marktplatz und die Sorge, dass das Rathaus, Weltkulturerbe, in Mitleidenschaft gezogen werden könnte.

Die Bürgerschaftsverwaltung habe die Diskussion angeschoben, um gemeinsam über die weitere Nutzung nachzudenken und Empfehlungen / Anregungen für die Zukunft zu geben. Das nächste Treffen werde am 2.2.2010, gemeinsam mit den Marktplatzanrainern, stattfinden.

Mit Blick auf die Veranstaltungen, die im Laufe eines Jahres auf dem Marktplatz erlaubt werden, sieht Herr Wilkens wenig Spielraum für Veränderungen. Im vergangenen Jahr seien 116 Veranstaltungen zugelassen worden. An ca. 120 Tagen im Jahr finden Demonstrationen statt, eine Bannmeile gebe es in Bremen nicht.

Freimarkt und Weihnachtsmarkt nutzen die Fläche 40 - 45 Tage im Jahr. Der Rest von rund 30 Tagen bleibe übrig für Sport-, Kultur- und soziale Veranstaltungen.

Als Beispiel werden Samba Karneval, La Strada, Special Olympics etc. genannt.

Herr Wilkens und Herr Ackermann stellen fest, dass es keine schriftliche Richtlinie zur Nutzung des Marktplatzes gebe, dennoch folge das Stadtamt klaren Kriterien, z.B. haben reine Werbeveranstaltungen keine Chance auf Genehmigung.

Doch auch an den Veranstaltungen gibt es vereinzelt Kritik. Als Beispiel nennt Herr Monsees den Weihnachtsmarkt mit seiner Glühweindominanz. Teilweise sei es sehr eng und man komme nicht mehr zwischen den einzelnen Ständen durch.

Im Beirat ist man sich einig, dass der Marktplatz als zentraler Platz in Bremen genutzt werden sollte. Am Detail, wie z. B. Qualität, kürzere Aufbauzeiten, sollte gearbeitet werden. Grundsätzlich wird der Nutzung des Marktplatzes in seiner jetzigen Form zugestimmt. Für die zahlreichen Parteienstände sollten sich die Bürgerschaftsfraktionen selbst darauf einigen, das woanders zu machen.

TOP 3

Herr Bücking berichtet, dass das Innenressort eingeladen habe, um gemeinsam mit Polizei, Feuerwehr, Stadtamt, Amt für Straßen und Verkehr und Kommunalpolitik ein nachhaltiges Konzept zur Verbesserung der Rettungssicherheit zu entwickeln.

TOP 4 und 5 keine Wortmeldungen

Vorsitz:

Sprecher:

Protokoll:

Bücking

Rüppel

Freudenberg